Ausgewählte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Kontaktdaten
Hinweise und Unterstützung

Im Falle einer akuten Krise oder bei der Entwicklung von Gewaltpräventionskonzepten stehen speziell ausgebildete Expertinnen und Experten sowie Kooperationspartnerinnen und –partner auf Anfrage zur Verfügung.

I. Ausgewählte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Kontaktdaten

Die nachfolgend genannten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind nur eine Auswahl. Sie haben die Möglichkeit, jede andere Ansprechpartnerin oder jeden anderen Ansprechpartner, der Sie bei Gewaltvorfällen und Taten, Vorfällen mit Extremismusbezug sowie Präventionsmaßnahmen unterstützt und berät, in Anspruch zu nehmen.

Die Schulen können sich wenden an:

- die **zuständigen Schulpsychologischen Beratungsstellen**. Sie gehören zu den staatlichen Schulämtern und unterstützen und beraten Einzelne und Gruppen. Darüber hinaus unterstützen sie bei Fragen, die sich aus dem Lehren und Lernen in der Schule ergeben sowie im schulischen Kontext.
  - https://schulaemter.brandenburg.de/infos-fuer-eltern/schulpsychologische-beratungsstellen.html

- die **Opferschutzbeauftragten der Polizei sowie Polizeibeamtinnen und -beamten im Bereich der polizeilichen Prävention**. Sie bieten fachlich fundierte Beratungen im Themenkomplex „Gewaltprävention“ an und können in Konfliktsituationen unterstützen. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule sollte grundlegend etabliert und beispielsweise in Form einer Schulpartnerschaft gelebt werden. Zur Koordinierung von allgemeinen Gewaltpräventionsmöglichkeiten sowie Maßnahmen nach Gewaltvorfällen im Einzelfall stehen die örtlich und sachlich zuständigen Polizeibeamtinnen und -beamten der polizeilichen Prävention zur Verfügung.
  - Bürgertel.: (0331) 2835 0331
  - in dringenden Fällen: Notruf 110
  - Internet: https://polizei.brandenburg.de/liste/opferschutz-und-opferhilfe/416272

  Weitere Informationen zur polizeilichen Kriminalprävention finden sich unter
  - Internet: www.polizei-beratung.de

- die **Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)**. Sie unterhalten neben der Geschäftsstelle in Potsdam sechs Regionalbüros. Die RAA können bei der Einführung interner Konfliktlösungsstrukturieren unterstützen und beraten bei der demokratischen Gestaltung des Sozialraums Schule. Darüber hinaus koordinieren sie im Land Brandenburg u. a. das Projekt "Schule OHNE Rassismus - Schule MIT Courage" und bieten

Lehrkräften sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugend- und Integrationsarbeit Fortbildungen an.

- Anschrift der Geschäftsstelle: Zum Jagenstein 1, 14478 Potsdam
- Tel.: (0331) 747 800
- E-Mail: info@raa-brandenburg.de
- Internet: www.raa-brandenburg.de

- das **Mobile Beratungsteam (MBT) im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung - demos**. Es unterhält neben der Geschäftsstelle in Potsdam sechs Regionalbüros. Das MBT unterstützt unter dem Leitgedanken 'Hilfe zur Selbsthilfe' alle Kräfte der Gesellschaft, die sich rechtsextremen sowie fremden- und demokratiefeindlichen Entwicklungen entgegenstellen.
  - Anschrift der Geschäftsstelle: Zum Jagenstein 1, 14478 Potsdam
  - Tel.: (0331) 740 624 6
  - E-Mail: geschaeftsstelle@big-demos.de
  - Internet: www.gemeinwesenberatung-demos.de

- den **Verein Opferperspektive in Potsdam**. Er bietet im Falle rechter Gewalt Hilfe durch Beratung und Begleitung für Opfer, Angehörige und Freundeskreis sowie Zeugen.
  - Anschrift: Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam
  - Tel.: (0331) 817 000 0
  - E-Mail: info@opferperspektive.de
  - Internet: www.opferperspektive.de

- die **Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg**. Sie betreibt Verfassungsschutz durch Aufklärung und bietet u. a. Vorträge und Diskussionen an Schulen an.
  - Anschrift: Henning-von-Tresckow-Allee 9 - 13, 14467 Potsdam
  - Tel.: (0331) 866 2500
  - E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de
  - Internet: www.verfassungsschutz-brandenburg.de

- die **Opferhilfe e. V., Opferberatung Potsdam** mit seinen sechs Opferberatungsstellen. Sie unterstützen u. a. im Umgang mit überwältigend erlebten Gefühlen und bei der Wiederherstellung von Sicherheit und Selbstvertrauen.
  - Anschrift: Jägerstr. 36, 14467 Potsdam
  - Tel.: (0331) 280 272 5
  - E-Mail: potsdam@opferhilfe-brandenburg.de
  - Internet: www.opferhilfe-brandenburg.de

- den **Weißen Ring e. V., Landesbüro Brandenburg** mit seinen 18 Außenstellen. Er findet mit den Betroffenen gemeinsam heraus, welche Unterstützung noch gebraucht wird und was helfen

kann, langfristig mit den Tatfolgen zu leben – egal ob diese seelischer, materieller oder gesundheitlicher Natur sind.

- Tel.: (0331) 291 273 oder
- Opfer-Telefon: 116 006
- E-Mail: Brandenburg@weisser-ring.de
- Internet: brandenburg.weisser-ring.de

- den **Seniorpartner in School – Landesverband Brandenburg e. V.** Er entwickelt in Mediationsgesprächen Wege zu einer gewaltfreien Lösung der Konflikte, unterstützt das Beratungsnetzwerk der Schulen, gibt in einem kooperativen Begleitprozess bedürfnis- und ressourcenorientierte Hilfe zur Selbsthilfe und realisiert lösungsorientierte Einzelgespräche und Anti-Mobbing-Projekte.
  - Anschrift: Postfach 601405, 14414 Potsdam
  - Tel.: 0172 – 205 198 8
  - E-Mail: info@sis-brandenburg.de
  - Internet: www.seniorpartnerinschool.de

- die **Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte** soll sich für die Wahrnehmung und Beachtung der Rechte der Kinder und Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Verwaltung stark machen, Ihre Ansprechpartnerin sein und sich insbesondere für die Mitwirkung an Entscheidungen einsetzen.
  - Anschrift: Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam
  - Tel.: (0331) 866 3518
  - E-Mail: katrin.krumrey@mbjs.brandenburg.de

- die **örtlich zuständigen Jugendämter der Landkreise und kreisfreien Städte** beraten bei Fragen zum Kindeswohl und Kinderschutz.
  - Link: Jugendämter | Service Brandenburg

- die **Fachstelle Antisemitismus Brandenburg** steht als Ansprechpartnerin für alle Erscheinungsformen von Antisemitismus zur Verfügung, bietet Einzelfallberatung und unterstützt bei der Vernetzung mit jüdischen Communities.
  - Internet: https://www.kiga-brandenburg.org/fachstelle/
  - Tel.: (0331) 581 112 59
  - E-Mail: fachstelle.antisemitismus@kiga-brandenburg.org

In den Fällen, bei denen eine presse- und öffentlichkeitswirksame Brisanz vermutet oder angenommen werden kann, ist in Absprache mit der Leiterin bzw. dem Leiter des staatlichen Schulamtes die Pressestelle des MBJS zu informieren.

- Anschrift: Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam
- Tel.: (0331) 866 3520 oder (0331) 3524
- E-Mail: pressestelle@mbjs.brandenburg.de

II. Hinweise und Unterstützung

Allgemeines

Im Bereich der Gewalt- und Extremismusprävention- und intervention stehen allen Schulen im Land Brandenburg Unterstützungsangebote zur Verfügung. Neben den Regelungen der Verordnung über Konfliktschlichtung, Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen (EOMV) haben die Schulen die Möglichkeit, sich im Internet des MBJS sowie auf den Internetseiten des Bildungsservers Berlin-Brandenburg und der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung zu informieren und Material zu beziehen.

EOMV:
https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/eomv_2014
Internet MBJS:
https://mbjs.brandenburg.de/bildung/gute-schule/gewaltpraevention-notfallplaene.html
https://mbjs.brandenburg.de/bildung/demokratie-leben.html
Bildungsserver Berlin-Brandenburg:
https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/gewaltpraevention
https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/themen/demokratiebildung
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung:
https://www.politische-bildung-brandenburg.de/search?keys=extremismus

Darüber hinaus werden Fortbildungen und schulinterne Fortbildungsveranstaltungen sowie Schulentwicklungstage angeboten. Diese sind gemäß den Verwaltungsvorschriften über die Fortbildung der Lehrkräfte (VV-Lehrkräftefortbildung – VV-LKFB) zu planen, organisieren und durchzuführen. Weiterhin stehen die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA Brandenburg) sowie das Netzwerk für Demokratie und Courage mit einem Team aus Experten, die für die weitreichende Thematik breit aufgestellt sind, zur Verfügung.

Verwaltungsvorschriften über die Fortbildung der Lehrkräfte:
https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/vvlkfb

In allen Angelegenheiten, die eine erhebliche Störung des Schulfriedens verursachen oder eine Straftat darstellen könnten, ist durch die Schulleitung umgehend die zuständige Schulaufsicht zu kontaktieren.

Darüber hinaus steht die Schulaufsicht auch in Fällen der Prävention zur Unterstützung zur Verfügung. In akuten Notfällen und Gefahrenlagen sollte zunächst immer zuerst unter der Nummer 110 die nächste Polizeidienststelle und anschließend die zuständige Schulaufsicht informiert werden.

Vorfälle mit Extremismusbezug[1]

Bei Fragen im Zusammenhang mit **Extremismus und möglichen Radikalisierungsprozessen** im schulischen Kontext sowie bei Beratungsbedarf zur Einordnung vergleichbarer Fälle, können Schulen den **Verfassungsschutz Brandenburg kontaktieren**, der dafür im Rahmen seines gesetzlichen Informationsauftrags zur Verfügung steht. Darüber hinaus bietet der Brandenburgische Verfassungsschutz auf seinen Internetseiten Informationsangebote und konkrete Angebote für Schulen (z. B. Vorträge zu Themen des Extremismus (u. a. Rechts- und Linksextremismus, Reichsbürger oder Islamismus) sowie zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) an.

Programm „Starke Lehrer – starke Schüler“

Mit dem Programm steht für die Schulen im Land Brandenburg ein bedarfsorientiertes Angebot bereit, das speziell auf ihre individuelle Situation und Bedürfnisse im Umgang mit antidemokratischen Vorfällen und Einstellungen, darunter gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, zugeschnitten ist. Die Fachstelle „Starke Lehrer – starke Schüler“ am LIBRA und ihre Kooperationspartner RAA und das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) beraten und unterstützen Schulleitungen, Lehrkräfte und andere pädagogische Akteure an den Schulen. Das Programm umfasst sowohl Schulungen bzw. Fortbildungen zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und politisch bzw. religiös motiviertem Extremismus als auch demokratische Schulentwicklung, Supervisions- und Coachingprozesse. Ziel ist es, die u, Schulleitungen, Lehrkräfte und anderen pädagogischen Akteuren in der Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen zu stärken. Zudem fördert das Programm durch die Vernetzung der Schulen untereinander und mit externen Akteuren nachhaltig eine demokratische Schulentwicklung.
https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/themen/demokratiebildung/programm-starke-lehrer-starke-schueler

Materialien

Auf der Grundlage der Erfahrungen des Bundeslandes Sachsen im Bereich der Extremismusprävention und -intervention an Schulen hat das MBJS eine **Fallsammlung zum Umgang mit demokratiefeindlichen Vorfällen an Schulen** erarbeitet. Das Hauptziel dieser Broschüre besteht darin, Schulleitungen und Lehrkräften praktische Unterstützung zu bieten, um angemessen auf Fragen und Herausforderungen im Umgang mit antidemokratischen Tendenzen zu reagieren. Die Broschüre wurde in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales, insbesondere mit der Abteilung Verfassungsschutz sowie dem Ministerium für Justiz erarbeitet. Die Fallsammlung behandelt einige beispielhafte schulische Sachverhalte und erläutert diese anhand von schulrechtlichen, schulorganisatorischen, schulpädagogischen und strafrechtlichen Hinweisen.

- https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/broschuere_handlungsleitlinien-fuer-schulleitungen-und-lehrkraefte-im-umgang-mit-antidemokratischen-verhaltensweisen.pdf

Für das übergreifende Thema Demokratiebildung hat das LISUM in Zusammenarbeit mit der Universität Trier eine **Handreichung für Lehrkräfte** entwickelt. Die Handreichung stellt die Rolle der Demokratiebildung im Unterricht der Einzelfächer, im Schulleben sowie im außerschulischen Setting dar

[1] Definition Extremismus (hierunter sind Begriffserklärungen zum Extremismus vereint: https://www.lpb-bw.de/extremismus-definition

und enthält zudem Informationsmöglichkeiten, regionale Beratungsangebote und außerschulische Partner sowie Materialienangebote und praktische Hinweise. Sie baut auf dem Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1–10 in Berlin und Brandenburg und dem Orientierungs- und Handlungsrahmen (OHR) Demokratiebildung auf. Die Handreichung illustriert jahrgangsbezogene Vorschläge für die Umsetzung in den einzelnen Fächern sowie für fächerübergreifenden Unterricht.

- https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/2023-02-01_hr-demokratiebildung.pdf

Die **Handreichung zum Thema „Islam in Schulen"** soll den Schulen eine Hilfestellung bieten und ihnen so rechtssicheres Handeln und Kommunizieren bei religiös begründeten Fragestellungen im Umgang mit muslimischen Schülerinnen und Schülern und deren Eltern ermöglichen. Die Informationen beziehen sich auf einige wesentliche Bereiche und sind nicht als abschließend zu betrachten. Die Broschüre benennt weitere Publikationen, die über wesentliche Regeln des islamischen Glaubens und über den Umgang mit religiös begründetem Extremismus informieren, darunter die Handreichung der Bundeszentrale für politische Bildung „Schule und religiös begründeter Extremismus Hintergrundwissen, Handlungsoptionen und Materialien für die pädagogische Praxis im Überblick".

- https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/Demokratiebildung/Salafismus/Leitfaden-Islam-in-Schulen_final.pdf

Zusätzlich hat das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport jeder Schule ein **Plakat mit regionalen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Demokratiebildung** zur Verfügung gestellt. Das Plakat hat das Ziel, den Schulen einen Überblick über die umfangreichen regionalen Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie außerschulischen Partner zur Demokratiebildung im Land Brandenburg zu geben. Die digitale Fassung wird regelmäßig aktualisiert.

- https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/flyer_regionale_beratungs-_und_unterstuetzungsangebote_fuer_schulen_zur_demokratiebildung.pdf

Sollten im Zuge der schulischen Aufarbeitung von Vorfällen besondere Vorhaben existieren, stehen sowohl das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport als auch die Koordinierungsstelle bei Fragen der Umsetzung und möglicher Finanzierungsmöglichkeiten beratend zur Seite.

Ansprechperson MBJS:
Frau Marta Wilke (Tel: (0331) 866 3963; E-Mail: marta.wilke@mbjs.brandenburg.de)

Ansprechperson Koordinierungsstelle:
Herr Alfred Roos (Tel: (0331) 866 1170; E-Mail: alfred.roos@stk.brandenburg.de)

Gewaltprävention

Auch zum Thema der Gewaltprävention stehen den Schulen viele Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung. Schule ist ein wichtiger Ort für Kinder- und Jugendschutz. Der Lern- und Lebensort „Schule" verfügt über Potenziale und Kompetenzen, die für den verbesserten Schutz von Mädchen und Jungen genutzt werden können. Dabei sind Lehrkräfte wichtige Bezugspersonen, die erklären und aufklären

sowie ihren Schülerinnen und Schülern soziale Werte und Normen vermitteln. Es erfordert eine hohe Kompetenz, Notsituationen zu erkennen und auf Gewalthandlungen angemessen zu reagieren, um weiteren Schaden abzuwehren.

Projekt „Gemeinsam Klasse sein!“

Um gegen Mobbing in der Schule vorzugehen, hat die Techniker Krankenkasse (TK) in Kooperation mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg im Januar 2020 das Projekt „Gemeinsam Klasse sein!“ gestartet (Nachfolgeprojekt des damaligen Anti-Mobbing-Koffers). Unterlagen und Materialien stehen online zur Verfügung. Es können Leitfäden für Lehrkräfte mit wichtigen Impulsen zur Gestaltung einer Projektwoche abgerufen werden. Durch gruppendynamische Übungen und vielfältiges Filmmaterial soll die Klassengemeinschaft gefördert werden. So klären die Filme beispielsweise über Cybermobbing und den Unterschied zwischen einem Konflikt und Mobbing auf. Außerdem gibt es Tutorials zur Rechtslage sowie Rollenspiele zu den verschiedenen Handlungsmöglichkeiten. Für die Lehrkräfte steht eine große Auswahl an Arbeitsblättern sowie Anleitungen für Rollenspiele und Kooperationsübungen, die verschiedenen Themenschwerpunkten zugeordnet sind, zur Verfügung. Darüber hinaus liefert die Plattform weiterführende Hinweise für Schulen, wie beispielsweise zu den Themen Mobbing-Intervention, Einbeziehung der Elternschaft sowie Tipps zur Weiterarbeit und Sicherung der Nachhaltigkeit. Der Bildungsserver Berlin-Brandenburg bietet zum Thema Gewaltprävention viele weitere Materialien, Arbeitsblätter und Literatur an, die die in den Schulen Agierenden darin unterstützen sollen, Gewalt vorzubeugen und mit pädagogischen Mitteln zu begegnen.

- https://www.gemeinsam-klasse-sein.de
- https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/gewaltpraevention

Materialien

Mit dem Ziel, für eine gewaltfreie Schule gemeinsam Sorge tragen, richtet sich auch die Broschüre „**Gewaltprävention an Brandenburger Schulen, Handlungsanleitungen und Anregungen für Schulen**“. Die Handlungsanleitungen und Anregungen sollen die Schulen dabei unterstützen, gewaltfreie Strukturen an ihrer Schule zu etablieren und zu festigen.

- https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/gewaltpraevention_an_brandenburger_schulen.pdf

Das „**Landeskonzept zur Prävention und Intervention von Mobbing und Cybermobbing, Eine Handlungsorientierung zur Unterstützung von Schulen bei der Entwicklung eines schuleigenen Konzepts**“ soll die Schulen bei Mobbing und Cybermobbing unterstützen. Viele engagierte Lehrkräfte, Schulleitungen, Sorgeberechtige, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Schülerinnen und Schüler leben die immer wieder geforderte „Kultur des Hinsehens und Handelns“ und begegnen allen Formen von Gewalt entschieden. Es gibt zahlreiche Kooperationspartner und Programme, die sie hierbei erfolgreich unterstützen. Es liegt in der pädagogischen Verantwortung aller Erziehenden und Lehrkräfte sowie aller zuständigen staatlichen Stellen, Kinder und Jugendliche zu schützen und beim Erwerb wichtiger Kompetenzen zu begleiten. Aufgrund der Komplexität des Themas sollte an allen Schulen an der Weiterentwicklung der Kommunikationsformen zwischen allen Beteiligten und der Vermittlung von Sozialkompetenzen gearbeitet werden. Das bedeutet, dass ein verbindliches **schulinternes Präventions- und Interventionskonzept** als Teil der allgemeinen Gewaltprävention im Rahmen der

Schulentwicklung verankert sein soll. Verantwortlich für die Erarbeitung von Konzepten und die Umsetzung der darin vereinbarten Maßnahmen ist die Schulleitung. Das vorliegende landesweite Konzept zur Prävention und Intervention bei Mobbing und Cybermobbing ist keine Sammlung aktueller Erkenntnisse und Veröffentlichungen zu dem Thema. Es konzentriert sich vielmehr auf praktikable Hinweise zu Verfahrensweisen und Gelingensbedingungen, wie Schulgemeinschaften sich dem Thema annähern und zu einer verbindlichen Umsetzung kommen können – im Interesse der Sicherheit und Gesundheit aller Beteiligten. Das Konzept weist auf Unterstützungsangebote hin und stellt konkrete Maßnahmen und Methoden der Prävention und Intervention vor.

- https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/landeskonzept-zur-praevention-und-intervention-von-mobbing-und-cybermobbing.pdf

Eine weitere Unterstützung, wie bei Vorfällen verschiedenster Art zu handeln ist, sind die den Schulen vorliegenden Notfallpläne. Diese befinden sich derzeit in der Überarbeitung. Bis zur Veröffentlichung der überarbeiteten Notfallpläne besitzen die Notfallpläne weiterhin Gültigkeit und stehen als Unterstützungsmaterial den Schulen zur Verfügung.

- https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/mbjs_notfallplaene.pdf

Im Bereich des Kinderschutzes steht den Schulen zur Beratung und Erstellung eines Gewaltschutzkonzeptes der Projektverbund kobra.net zur Verfügung. Als Unterstützungsmaterial bei der Erstellung eines Gewaltschutzkonzeptes dienen

- **der KMK-Leitfaden „Kinderschutz in der Schule - Leitfaden zur Entwicklung und praktischen Umsetzung von Schutzkonzepten und Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt an Schulen“** sowie
- die **„Handeichung zur Entwicklung eines Schutzkonzepts für Schulen im Land Brandenburg“** von kobra.net.

Weiterhin wird demnächst eine **Handreichung zum Kinderschutz in den Schulen des Landes Brandenburg - Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdung, Hinweise und Handlungsschritte** veröffentlicht, die den Schulen dann zur Verfügung gestellt wird.

- https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/Broschuere_Leitfaden_KMK-16-03-2023.pdf
- https://www.kobranet.de/kinderschutz-in-der-schule/#

Darüber hinaus bietet der gemeinsame Runderlass „Partnerschaft Polizei und Schule – Kooperation bei der Prävention und Bekämpfung von Kriminalität und Verkehrsunfällen sowie Notfallplanung“ in seiner jeweils aktuellen Fassung eine gute Basis für die Schaffung von Netzwerken und der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schulen, die außerhalb von Interventionskontexten gelebt werden kann.

- https://bravors.brandenburg.de/sixcms/media.php/76/Abl-MBJS_10_2024.pdf